



An American Newspaper
which stands for American
ideals and principles
—published in the Ger-
man language for Ameri-
can citizens who read
German

Tägliche Omaha Tribune

PUBLISHED AND DISTRIBUTED UNDER
PERMIT (No. 364), AUTHORIZED BY THE
ACT OF OCTOBER 6, 1917, ON FILE AT
THE POST OFFICE OF OMAHA, NEBR.
BY ORDER OF THE PRESIDENT
A. S. BURLISON, POSTMASTER-GENERAL

35. Jahrgang.

Omaha, Neb., Donnerstag, den 8. Mai 1919.

4 1/2 Seiten.—Nr. 48.

Deutsche dürften schnell handeln

In Alliiertenkreisen nimmt man an, daß sie vor
Ablauf von 15 Tagen ihre Entscheidung
abgeben werden; Clemenceaus Rede

Die Mandate über die deutschen Kolonien verteilt

Paris, 8. Mai. (Von Fred S. Ferguson, Korrespondent der United Press.) — In Kreisen der Alliierten ist die Meinung vorherrschend, daß die deutschen Delegaten ihre Entscheidung über die Friedensbedingungen noch vor Ablauf der 15 Tage bekannt machen werden. Schwach ist die Meinung, daß die Bedingungen zu Wasser und zu Lande, sehen sich die Deutschen auch der ökonomischen Vertichtung gegenübergestellt, sollten sie sich weigern, die Bedingungen anzunehmen. Die Vorkommnisse, die auf Anweisung der „Großen Drei“ Pläne zum Zwecke einer noch schärferen Modifikation in Ausarbeitung, und diese werden angewendet werden, sollten die deutschen Delegaten auf die Bedingungen nicht eingehen.

Clemenceaus Rede.
Versailles, 8. Mai. — Gleich bei Eröffnung der Konferenz richtete Ministerpräsident Clemenceau an die deutschen Delegaten nachstehende Rede: „Meine Herren Bevollmächtigten des Deutschen Reiches! — Es ist wieder Zeit noch Gelegenheit da, sich in überflüssigen Worten zu ergehen. Sie haben die Bevollmächtigten der kleinen und Großen vor sich, welche vereint im Kriege kämpften, der uns in grauenerregender Weise aufgewungen wurde. Die Zeit ist jetzt gekommen, um Abrechnung zu halten.“

Sie haben um Frieden nachgedacht, wir sind bereit, Ihnen Frieden zu geben. Wir werden Ihnen ein Bündnis überreichen, in welchem unsere Bedingungen enthalten sind. Ihnen wird alle Zeit und Gelegenheit geboten werden, das Bündnis eingehend zu studieren. Wir werden uns Ihnen gegenüber einer Höflichkeit, die das Wesen zivilisierter Nationen kennzeichnet, betätigen.“

Offen gestanden, wir werden Ihnen alle Erklärungen, die Sie wünschen, zusammen lassen, gleichzeitig aber müssen wir sagen, daß der zweite Friede zu Versailles uns zu viel gekostet hat, um nicht alle Vorbedingungen zu treffen und Garantien zu sichern, den Frieden zu einem dauernden zu machen. Mündliche Diskussionen über die Friedensbedingungen werden nicht stattfinden; alle von Ihnen zu machenden Bedingungen und Vorschläge müssen schriftlich unterbreitet werden.

Die deutschen Bevollmächtigten werden in Kenntnis gesetzt, daß ihnen 15 Tage Zeit gegeben wird, in englischer oder französischer Sprache Einwendungen gegen die Bedingungen zu erheben und Fragen zu stellen. Nach Empfang und Prüfung der Einwände wird der Oberste Rat die schriftliche Antwort erteilen und den Zeitpunkt festsetzen, bis zu welchem die Delegaten hierauf zu antworten haben. Sollten wir innerhalb drei, vier oder fünf Tagen bereits schriftliche von den deutschen Delegaten erhalten dann werden wir mit unserer Antwort nicht 15 Tage lang warten lassen; wir werden uns vielmehr sofort damit befassen.“

Die Antwort des Großen Vorkommens war länger, wie man erwartet hatte; in derselben drang es darauf, daß Deutschland unverzüglich in die Vorkommnisse aufgenommen werde. „Nur wenn die Vorkommnisse der Liga allen Nationen, die den guten Willen besitzen, geöffnet werden, kann das Ziel erreicht werden. Dann sind diejenigen, welche in diesem Kriege gefallen, nicht vergessenen.“

Ein Friede, der nicht in gerechter Weise verteidigt werden kann, ordert stets neuen Widerstand hervor. Niemand wird insuland sein, wenn ungerechten Frieden zu unterzeichnen, da es unmöglich ist, dessen Bedingungen zu erfüllen. Niemand kann Gewäße leisten, daß dieselben ausgeführt werden können.“

Die deutschen Kolonien.
Paris, 8. Mai. — Die „Großen Drei“ haben, wie offiziell bekannt gemacht wird, über die deutschen Kolonien folgende Verfügung getroffen: Togoland und Kamerun—Frankreich und Großbritannien sollen beider Zukunft derselben gemeinsame Empfehlungen machen.

Deutsch-Ostafrika. — Das Mandat soll Großbritannien zufallen.

Englisch-Südwestafrika. — Das Mandat soll der südafrikanischen Union übertragen werden.

Die deutschen Samoa Inseln. — Das Mandat soll Neuseeland erhalten.

Die anderen deutschen Besitzungen im Stillen Ozean südlich vom Äquator, ausschließlich der deutschen Samoa Inseln und Nauru—Das Mandat soll Australien erhalten.

Nauru (Marshallinseln). — Das Mandat fällt an Großbritannien.

Die deutschen Inseln im Stillen Ozean nördlich vom Äquator. — Das Mandat fällt an Japan.

Deutsche Fühl empfangen.
Versailles, 8. Mai. — Kaufende Menschen hatten sich in der Nähe der abgeperrten Straßen, durch welche die deutschen Delegaten ihren Weg zum Trianon Palast nahmen, eingefunden, um einen Blick auf dieselben zu werfen. Erst nachdem sich alle Vertreter der Alliierten eingefunden hatten, verließen die Deutschen per Automobil ihr Hauptquartier. Als die Automobilisten von den Dienern geöffnet wurden, fand die Menschenmenge kaum da. Französische und britische Offiziere geleiteten die Deutschen in den Palast.

Der ihnen bereite Empfang war kalt. Eine Gruppe alliierter Offiziere stand auf den Stufen der zum Haupteingang des Palastes führenden Freitreppe; mehrere derselben grüßten mechanisch; andere lehrten den Deutschen den Rücken.

Weitere Bedingungen.
Versailles, 8. Mai. — Den gestern gemeldeten Bedingungen sind noch hinzuzufügen:

Die Auslieferung der deutschen Kriegsgefangenen und internierten Zivilisten wird sofort nach Annahme der Bedingungen vor sich geben. Die damit verbundenen Kosten haben die Deutschen zu tragen.

Deutschland hat sich mit den Entscheidungen des alliierten Preisgerichtes, das den Wert der beschlagnahmten Schiffe abschätzt, zufrieden zu geben.

Der Vertrag tritt für jede Nation in Kraft sobald derselbe von derselben ratifiziert worden ist.

Ein internationales Arbeitsbüro wird als ein Teil der Vorkommnisse in Genf gebildet werden. Die erste Sitzung dieser Körperschaft findet im Oktober in Washington gleichzeitig mit der ersten Sitzung der Vorkommnisse statt, um das einzuführende internationale Arbeitsengesetz zu besprechen.

Briefkommentare.
New York, 8. Mai. — „Es ist eine schreckliche Strafe, welche sich das deutsche Volk und dessen verurteilter Herrscher zugezogen haben.“ schreibt heute die New York Times bei Besprechung der Friedensbedingungen. „Wie groß deren moralische und geistige Leiden sein werden, können wir nicht wissen, denn die Welt hat ob des Gewissens der Deutschen ihre Zweifel.“

Wollen über Vertrag sich noch nicht äußern

Washington, 8. Mai. — Das ganze offizielle Washington enthielt sich jeder Äußerung über den gestern veröffentlichten Friedensvertrag. Alle wollten ihn zuerst genau durchstudieren.

Die Veröffentlichung machte ein über klar, daß nämlich, was die Zeitungen in den letzten 5 Monaten berichtet hatten, im großen ganzen korrekt war. Es gab wenig Ueberraschungen. Was als bemerkenswert hervortrat, war aber die Art und Weise, in der gewisse Vorlagen behandelt sind, nicht so sehr die Vorlagen selbst. Was den Vertrag vor allen bisher abgeschlossenen auszeichnet, ist seine ungeheure Länge einerseits und andererseits das kolossale Material, das darin benützt ist.

Von großer Interesse war auch die Art und Weise, wie in den eigentlichen Vertrag die verschiedenen Bestimmungen der Vorkommnisse eingeleitet sind. Die Tatsache selbst war keine Ueberraschung, da der Präsident genugsam darauf vorbereitet hatte.

Am wichtigsten, von einem geistlichen Standpunkte aus, erschien die Bestimmung, daß mit der Ratifizierung des Vertrags durch die einzelnen Nationen Tür und Tor für Wiederaufnahme von Beziehungen jeder Art mit Deutschland geöffnet sind. Das heißt, wer zuerst ratifiziert, hat die beste Gelegenheit, der erste im Felde zu sein und, vielleicht, die besten Kontakte mit Deutschland wegzuschneiden.

Vollstweistische Hilfe eine Zeitungsentente

Dublin, Irland, 8. Mai. — Barry Boland, Sinn Fein-Führer, erklärte heute, daß der Bericht, die russischen Vollstweisten hätten beschlossen, mit 500,000,000 Rubel monatlich Sinn Fein zu unterstützen, nichts als eine Zeitungsentente sei, die Irland schädigen solle.

Präsident wird Extra- Sitzung nicht eröffnen

Paris, 8. Mai. — Der Präsident wird nicht eher nach Washington zurückkehren als bis der Friedensvertrag unterzeichnet ist. So lernt man von autoritativer Seite. Man erwartet jedoch, daß er eine Vollstweisten sende werde, die in seiner Abwesenheit verlesen werden soll.

Finnland wird von England anerkannt

London, 8. Mai. — Nach einer gestern erfolgten Ankündigung des Parlamentssekretärs für auswärtige Angelegenheiten Cecil Sainsworth im Unterhaus hat die britische Regierung die Unabhängigkeit Finnlands und die De Facto-Regierung Finnlands anerkannt. Der Rat der Minister des Auswärtigen in Paris beschloß, die Regierung Finnlands, unter gewissen Bedingungen, die aber nicht veröffentlicht wurden, anzuerkennen.

Will aktive Soldaten ausgeschlossen haben

St. Louis, Mo., 8. Mai. — Die „American Legion“ wird heute einen dreitägigen Kongress eröffnen. Die geistliche Versammlung war eine ziemlich stürmische. Es handelte sich darum, ob aktive Militärs in die „Legion“ aufgenommen werden sollten oder nicht. Major A. J. Maher von Omaha war entscheidend dagegen. Er meinte, da der Mann, der die Uniform trägt, unter der Kontrolle der militärischen Behörden stehen sollte, sollten auch militärische Soldaten nicht aufgenommen werden.

A. J. Smith, früher Kommandeur der spanischen Veteranen, war ausgesprochen für Zulassung, er nannte es schlimmer als Volksweltwille, jemand ausschließen zu wollen, weil er den Ver. Staaten einen Treue geleistet habe.

Aktive Soldaten, so entschied die Abstimmung, können Mitglieder werden.

Militärlast feigen, mögen die Deutschen noch beneiden.“

Opposition gegen Schutzbund erwartet

War nötig, Frankreich zu beruhigen; findet aber keinen Anklang bei vielen Senatoren.

Paris, 8. Mai. (Von Carl D. Groot, United Press.) — Wie man heute hört, wird Präsident Wilson keine Empfehlung hinzufügen für das vorgeschlagene Schutzbündnis zwischen den Ver. Staaten, England und Frankreich, wenn es dem Senate zur Ratifikation unterbreitet wird.

Dieses vorgeschlagene Bündnis, so heißt es, wird zugleich mit dem Friedensvertrage in der Extratagung, die am 19. Mai beginnt, dem Senate vorgelegt werden.

Uebrigens steht es so gut wie fest, daß nur infolge dieses proponierten Bündnisses Frankreich davon abstand seine Forderungen für arduere Erwerbungen von Land an Rheine herabzusetzen und ein Antragsverfahren zur Liga für einen internationalen militärischen Stab zurückzugeben.

Washington, 8. Mai. (Von L. C. Martin, United Press.) — Präsident Wilsons Versprechen, dem Senate ein Schutzbündnis zwischen den Ver. Staaten, England und Frankreich zur Ratifikation vorzulegen, bildet heute das Hauptthema aller Diskussion unter Senatoren.

Während Senatoren Äußerungen über den Friedensvertrag zurückhalten, bis sie ihn genügend durchstudiert haben, tragen sie kein Bedenken für das vorgeschlagene Schutzbündnis einen Aufruf im Senate vorzubringen, wie ihn selbst die Diskussion über die Vorkommnisse hervorgerufen hatte.

Die Opposition scheint nicht nur von republikanischer Seite hervorzu treten, oder allein von solchen, die die Liga bekämpfen—selbst Demokraten, die auf Seiten des Präsidenten in allen andern Fragen stehen, machen aus ihrer Opposition keinen Hehl.

Ein haar Senatoren charakterisierte die Idee des Schutzbündnisses als die erwartete „Ueberraschung“. Seit Wochen war das Gefühl in der Luft, daß in der letzten Minute etwas Sensationelles von Paris kommen würde. Zwar war in Kreisen manche Andeutung überher gekommen, aber diese waren so oft und so gründlich im Abrede gestellt worden, daß die Senatoren überzeugt worden waren, wie sie selbst sagen, daß nichts an der Sache sei.

Senator Hitchcock, der Vertreter des Friedensprogramms Präsident Wilsons, gab zu, daß der Vorschlag eines solchen Schutzbündnisses heftige Opposition werde zu erwarten haben, aber daß er sich für ein Bündnis in vollen Einklang mit den Prinzipien sehe, auf die sich der Friedensvertrag basiert.

„Sollte Deutschland Frankreich angreifen“, so äußerte sich der Senator, „so würde die Vorkommnisse fertig sein, dann würde Frankreich sicherlich Hilfe brauchen. Und dieses Schutzbündnis würde die Zeit bis zum vollen Abschluß der Liga überbrücken.“

Senator Moses, Republikaner, meinte, „als ein Substitut für die wirkungslose Vorkommnisse würde ein solches Schutzbündnis vorzuziehen sein.“ Als eine separate Vereinigung, fuhr er fort, werde er ihr opponieren. Er stimmte mit Hitchcock über Frankreichs Vorkommnisse nicht überein, behauptete vielmehr, daß der 10. Artikel der Vorkommnisse gerade für solche Fälle erziele. Dieser Artikel verpflichte alle Mitglieder, jedes einzelnen Mitglieds territorialer Unverletzlichkeit zu sichern.

Senator Johnson, Kalifornier, sagte: „Es war gerade dieses vorgeschlagene Schutzbündnis, das ausdrücklich und absolut vom Präsidenten vor wenigen Wochen nur in Abrede gestellt wurde, und ich kann nicht glauben, daß er dies der kalten Tatsache zum Trost getan hat.“

Senator Curtis, Kansas, sah wenig Aussicht für Ratifikation voraus.

Senator Borah wiederholte seine Aussage, daß er beabsichtige, eine Autorisation des Senate für ein nationales Referendum an die Vorkommnisse herbeizuführen.

Allgemein ist man geneigt, den Auszug des Friedensvertrages einfach als eine Erklärung zu betrachten—nicht als eine Miniatur des wirklichen Vertrags.

Steuerzahler am Streik in Deutsch-Oesterreich

Der Staat muß notwendig Geld haben—Ausgaben steigen ins Riesenhafte.

Wien, 26. Jan. — Der Staatssekretär der Finanzen, Dr. Otto Steinwender, hat vor kurzem eine Verordnung erlassen, welche den Zweck haben sollte, die Bevölkerung mit äußerster Energie zur Zahlung der rückständigen Steuerbeträge zu veranlassen. Die neue Republik Deutsch-Oesterreich braucht nämlich dringend Geld. Daher wurden Verfügungen erlassen, welche die Einkommensteuer, Erwerbsteuer, Grundsteuer, Kriegsgewinnsteuer) leistungsfähig soll, und zwar Verfügungen von einer bisher in Oesterreich ungekannten Härte. Während des Krieges sind die Finanzbehörden mit ihrer Steuererhebung an die Bevölkerung sehr im Rückstand geblieben. Nun sollen alle diese Rückstände bis zum Ende des Jahres mit einem Male eingetrieben werden; so noch mehr, es wurde verordnet, daß auch die Steuern für 1919 ohne neue Vorschriften, also auf Grund der alten Vorschriften binnen kürzester Frist gezahlt werden sollen und für neue Steuererhebungen Verzugszinsen in der Höhe von 12 Prozent für den Tag zu entrichten seien.

Gegen diese Verordnung hat nun in allen Kreisen der Bevölkerung vor der Großindustrie in der Kriegsgewinnern angefangen, bis zum Mittelstande und den Gewerbetreibenden eine überaus lebhaft Agitation eingesetzt. Man verweist darauf, daß es kleinen und großen Steuerzahlern ganz unmöglich sein würde, die Betrag für mehrere Jahre jetzt auf einmal zu bezahlen, und wehrt sich namentlich dagegen, die Steuer für 1919 ohne neue „Fikturierung“ und Vorbehaltung zu entrichten. Es ist zwar behauptet worden, daß etwa 100000 Steuerzahler die Steuer für 1919 nicht zahlen könnten, aber nach Durchführung des ordentlichen Verfahrens wieder zurückgezahlt werden würden, allein von diesem Versprechen will niemand in der Bevölkerung Kenntnis nehmen. Das Staatssekretariat der Finanzen hat sich daher schon zu einer Erleichterung der ersten Verfügungen entschlossen und in Stimmung der Steuerzahlungen bis zum 1. März oder 1. Juni eingewilligt.

Es ist sich nicht bestreiten, daß die Finanzlage Deutsch-Oesterreichs eine außerordentlich kritische ist. Die Monarchie hat während des Krieges Kriegsausgaben in der Höhe von 101 Milliarden geleistet. Seit dem 1. Juli 1918 hat die Monarchie die laufenden Ausgaben des Staatssekretärs Dr. Steinwender hat jüngst offen erklärt, daß das Staatsdefizit Deutsch-Oesterreichs im laufenden Jahre sich auf ungefähr 2 Milliarden Kronen belaufen wird. Die Ausgaben des Staates steigen, anstatt sich zu verringern. So sind 3. B. für Beamtengehälter allein für 1919 993 Millionen, für die Kosten der seit verflornten Volkswehr 340 Millionen „bräminiert.“ Der Staatssekretär erklärte, infolgedessen sehr düster in die Zukunft blicken zu müssen, und hat oft ausgesprochen, daß Deutsch-Oesterreich binnen kurzen nicht mehr in der Lage sein werde, den finanziellen Verpflichtungen des Staates vollständig gerecht zu werden. Es ist nur begründlich, daß diese Mitteilung von so maßgebender Stelle in den weitesten Kreisen der Bevölkerung geradezu eine Panik hervorgerufen hat.

Ein Schadenfeuer.

Falls City, 8. Mai. — Feuer, das am Mittwoch aus unbekannter Ursache das ganze Gebäude in Höhe der ganzen Einrichtung, mit Ausnahme der Möbel in der Office des Schulsuperintendenten, wurden in Sicherheit gebracht. Der Schaden wird auf \$40,000 berechnet, der jedoch zum Teil durch Versicherung gedeckt ist.

Der Sohn als Erbe.

Nebraska City, 8. Mai. — Die verstorbenen Frau Van Anden verlor hat, mit Ausnahme etlicher Legate, ihrem einzigen Sohn ihr ganzes Vermögen hinterlassen, jedoch mit Einschränkung. Der Sohn erhält das Einkommen des Vermögens bis zu seinem 30. Lebensjahre, nachher hat er die volle Verfügung darüber.

Vericht des Feuerkommissars.

Lincoln, Neb., 8. Mai. — Nach dem Bericht des Feuerkommissars Wood wurden in dem Zeitraum vom 1. Januar dieses Jahres bis zum 1. Mai 3292 Orders erlassen, 45 Gebäude als feuergefährlich erklärt, 61 Order wurden erlassen, die nötigen Reparaturen zu erzwingen, und 1,193 Order wurden erlassen zur Reinigung von Gebäuden, 6,148 Gebäude wurden besichtigt und 10 Feuer unterdrückt.

Wetterbericht.

Für Canada und Umgebung— Schön heute abend und Freitag; warmer am Freitag.
Für Nebraska—Mitteln Schön heute abend und Freitag; warmer am Freitag und im nachmittäglichen Teile heute abend.

Vertrag mit Oesterreich wird jetzt ausgearbeitet

Daselbe wird auch einen Teil der Entschädigung
zu tragen haben; man spricht von einer
Milliarde Dollars

Oester. Kabinett gegen die geplanten Grenzen

Der Friede mit Oesterreich.
Paris, 8. Mai. — Der Rat der „Großen Vier“ (Premier Orlando war ebenfalls anwesend), begann heute mit der Aufstellung des Friedensprogramms, das Oesterreich, Ungarn und Bulgarien unterbreitet werden wird. Der Friedensvertrag mit Oesterreich beginnt Form anzunehmen, denn ein Teil desselben ist bereits abgefaßt. Es hat den Anschein, daß Deutschland die Kriegskosten nicht allein zu tragen haben wird, denn eine beträchtliche Summe wird auch von Oesterreich gefordert werden; man spricht von \$1,000,000,000. Die Kriegskosten und die Grenzbestimmungen werden die Hauptfragen des Friedensvertrages bilden. Es werden Vorkehrungen getroffen werden, daß die Schulden, welche Oesterreich-Ungarn vor dem Kriege hatte, auch zum Teil von den jetzt selbstständig gewordenen zur früheren Doppelmonarchie gehörenden Staaten bezahlt werden.

Oesterreichs Kabinett protestiert.
Wien, 8. Mai. — Wie aus Wien gemeldet wird, hat das deutsch-oesterreichische Kabinett eine längere Erklärung veröffentlicht, welche behauptet, Präsident Wilson habe den neunten der von ihm selbst aufgestellten 14 Punkte verletzt, indem er den Londoner Geheimvertrag von 1916 anerkannt habe, worin u. a. die italienisch-jugoslawische Grenze festgelegt wird. Denn die betreffenden Bestimmungen schließen die Annexion von Südtirol in sich, ohne Rücksicht auf die Nationalität der Bevölkerung und ihrer Wünsche.

Nationalbanken äußerst solide.
Washington, 8. Mai. — Währungs-kontrollor Williams nahm gestern die Gelegenheit wahr, auf die Solidität unseres Nationalbankensystems aufmerksam zu machen. Im Laufe der letzten vier Monate fallierte nur eine einzige kleine Bank mit \$25,000 Kapital. Während der letzten sechzehn Monate wurden nur zwei solche Bankrotte angemeldet. Zur selben Zeit ist die Zahl dieser Banken gewachsen und deren Verdienst hat sich beträchtlich vermehrt.

Die Kenntnis dieser Tatsachen, erklärt der Kontrollor, müsse das Vertrauen aller Geschäftskreise stärken, denn unsere ökonomische Verankerung habe gezeigt, daß jeder kommerzielle Niedergang des Geschäftes durch Finanzkrisen eingeleitet worden sei. Im Vergleich der Staatsbanken mit den Nationalbanken führte Herr Williams an, daß in den mit 31. März endenden drei Monaten 21 Institute, die unter staatlicher Aufsicht standen, fallierten und zwischen 50 und 60 während der 15 Monate, bis zum 1. April. Während der vier mit 30. April endenden Monate sind 61 Institute für neue Nationalbanken bewilligt worden; drei wurden zurückgezogen und 113 befinden sich noch in der Schwebe.

Schmuggeln Geld ins Ausland.
Zürich, 8. Mai. — Die Stuttgarter „Neue Zeitung“ bestätigt die Berichte, daß trotz der von der deutschen Regierung erlassenen Bestimmungen, viele Kapitalisten, besonders solche, die enorme Kriegsgewinne eingeleitet haben, es verstehen, ihr Geld ins Ausland zu schmuggeln. In den letzten zwei Monaten, schreibt die Zeitung, seien 25 Milliarden Mark in verschiedenen Schweizer Banken deponiert worden.

Dürfen Kali direkt verkaufen.
Berlin, 8. Mai. — Die deutsche Regierung hat die Erlaubnis dazu gegeben, direkte Konferenzen zwischen Käufern und Verkäufern des Kali-Potash-Syndikats abzuhalten. Diese Zusammenkünfte sollen in Gomburg stattfinden.

Eine ähnliche Verfügung ist auch dem Kohlenyndikat gegeben worden. Dieses amtliche Vorgehen ist seit dem Abschluß des Waffenstillstandes das erste seiner Art und deutet darauf hin, daß deutschen Ausführer, wenn gestattet werden soll, direkt Geschäfte zu machen.“

Ein Läufermanl bestraft.
Burlington, Ia., 8. Mai. — Zu dem Verbrechen der 20 Jahre alten Frau Ralph Ward gegen W. R. Fairfield wegen Schmäherung, der vor dem Distriktrichter zur Verhandlung kam, sprach die Jury der Aldgerien \$1000 zu. Die Aldgerien hatte auf \$500 geklagt. Sie ist eine Schwestern und Sängerin in einem Baubühnen-Theater. Der Verklagte ist ein wohlbekannter Bürger der Stadt.

Wetterbericht.
Für Canada und Umgebung— Schön heute abend und Freitag; warmer am Freitag.
Für Nebraska—Mitteln Schön heute abend und Freitag; warmer am Freitag und im nachmittäglichen Teile heute abend.

Abonniert auf die Tägliche Tribune.

Das Juratbarkeit ist die Unge rechtigkeit, wenn sie die Waffen hat, heißt es in den Auseinandersetzungen des Aristoteles über Politik.